

Abstimmungen

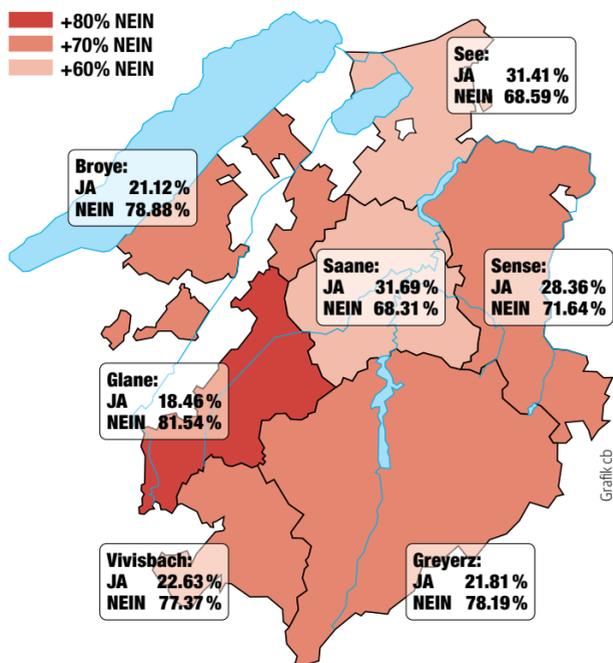
Abstimmungen Bezirke	Massentierhaltung		AHV-Reform		Erhöhung Mehrwertsteuer		Verrechnungssteuer	
	Ja	Nein	Ja	Nein	Ja	Nein	Ja	Nein
Saane	10618	22886	12216	21266	15643	17711	13178	18493
Sense	4923	12434	8312	8920	9138	8017	7760	8747
Greyerz	4071	14597	6952	11658	8625	9858	7538	9986
See	4170	9108	6352	6870	7288	5917	6183	6484
Glane	1651	7292	3038	5810	3732	5064	3569	4670
Broye	2538	9480	4048	7882	5104	6738	4752	6542
Vivisbach	1570	5368	2260	4647	3049	3836	2721	3778
Ausland-CH	959	1050	1106	879	1320	676	1113	809
Total	30500	82215	44284	67932	53899	57817	46814	59509
Kanton in %	27.06	72.94	39.46	60.54	48.25	51.75	44.03	55.97

Abstimmungen Sensebezirk	Massentierhaltung		AHV-Reform		Erhöhung Mehrwertsteuer		Verrechnungssteuer	
	Ja	Nein	Ja	Nein	Ja	Nein	Ja	Nein
Bösingen	420	1016	719	708	772	655	666	696
Brünisried	57	241	161	136	162	132	155	125
Düdingen	1034	2293	1683	1637	1825	1482	1538	1642
Giffers	165	428	228	363	260	323	222	330
Heitenried	130	483	299	313	342	266	274	302
Plaffeien	317	1009	556	770	585	738	557	719
Plasselb	104	299	173	228	185	217	158	227
Rechthalten	126	348	206	264	257	209	235	223
Schmitten	500	1080	817	752	918	653	744	775
St. Silvester	71	323	155	236	159	232	167	204
St. Ursen	164	388	278	267	296	246	268	252
Tafers	887	2047	1388	1477	1542	1294	1327	1449
Tentlingen	143	390	242	290	286	243	235	271
Ueberstorf	257	808	507	557	565	491	473	549
Wünnewil-Flamatt	548	1281	900	922	984	836	741	983
Total	4923	12434	8312	8920	9138	8017	7760	8747
Jaun	36	260	164	116	155	124	132	130

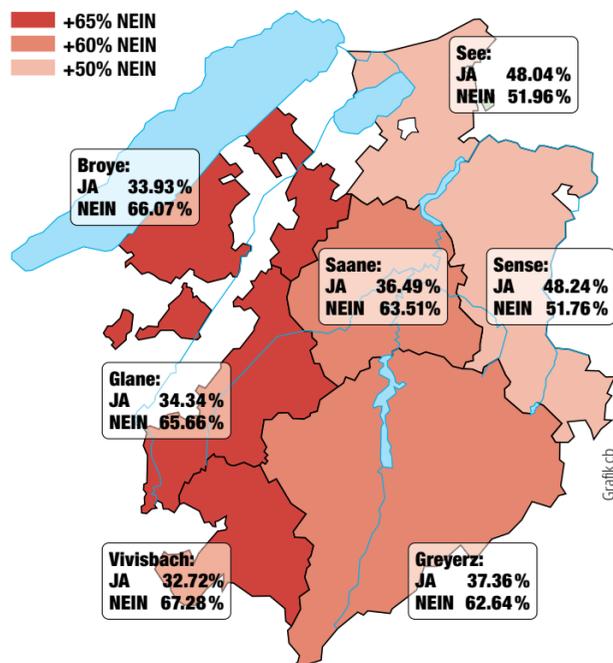
Abstimmungen Seebezirk	Massentierhaltung		AHV-Reform		Erhöhung Mehrwertsteuer		Verrechnungssteuer	
	Ja	Nein	Ja	Nein	Ja	Nein	Ja	Nein
Gurwolf	166	260	205	219	216	211	204	203
Courtepin	400	1066	556	914	708	754	594	803
Cressier	111	228	154	185	176	160	172	152
Fräschels	64	145	118	90	131	76	103	99
Greng	32	53	51	33	42	42	52	32
Gurmels	488	1233	784	913	919	785	729	896
Kerzers	487	1111	804	780	901	694	727	790
Kleinbödingen	91	209	148	150	165	132	124	165
Merlach	103	163	145	121	168	95	144	111
Misery-Courtion	133	502	165	473	233	397	243	365
Mont-Vully	548	1103	735	921	901	751	764	817
Muntelier	176	277	268	186	295	157	253	192
Murten	1160	2238	1835	1543	2017	1352	1714	1523
Ried	147	377	288	230	304	215	273	231
Ulmiz	64	143	96	112	112	96	87	105
Total	4170	9108	6352	6870	7288	5917	6183	6484

Abstimmungen Grossfreiburg	Massentierhaltung		AHV-Reform		Erhöhung Mehrwertsteuer		Verrechnungssteuer	
	Ja	Nein	Ja	Nein	Ja	Nein	Ja	Nein
Avry	188	530	264	452	337	381	322	369
Belfaux	242	723	392	563	466	487	400	520
Corminboeuf	318	874	440	753	556	635	520	599
Freiburg	4520	5552	3707	6408	4651	5402	3555	6059
Givisiez	229	550	271	525	358	435	326	427
Granges-Paccot	263	650	334	586	455	460	406	460
Marly	858	1834	1043	1646	1359	1307	1092	1471
Matran	134	421	205	348	264	285	227	288
Villars-sur-Glâne	1182	2334	1370	2168	1785	1736	1468	1876
Total Saanebezirk	10618	22886	12216	21266	15643	17711	13178	18493

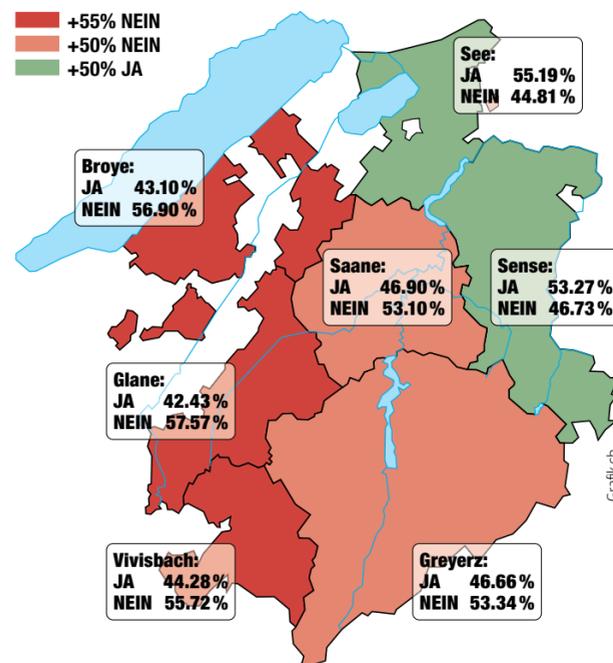
Massentierhaltung



AHV-Reform



Erhöhung Mehrwertsteuer



Freiburgs deutliches

60,5 Prozent Nein zum neuen AHV-Gesetz - der Kanton Freiburg hat

Fahrettin Calislar

FREIBURG Sechs von zehn Freiburgerinnen und Freiburgern sagen: Nein, die AHV darf nicht so reformiert werden, wie es Bundesrat und Parlament es am Sonntag zur Abstimmung vorgelegt haben. Mit ihrem Reformpaket wollten sie die AHV für die Zukunft fit machen. Schweizweit hiess eine knappe Mehrheit der Bürgerinnen und Bürger die Reformvorlage AHV21 gut.

Die Freiburger Stimmbewölkerung war sich jedoch - zusammen mit der ganzen Westschweiz und einzelnen Deutschschweizer Kantonen sowie dem Tessin - mit deutlicher Mehrheit einig, dass das Paket das Problem der fehlenden Finanzierung der wichtigsten Rentenkasse der Schweiz nicht löse.

Sie sei deshalb zwar froh über den Abstimmungssieg auf nationaler Ebene, nicht aber über das kantonale Verdikt, kommentierte die Mitte-Nationalrätin Christine Bulliard-Marbach (Ueberstorf) das Ergebnis. «Die klare Ablehnung in Freiburg ist erstaunlich und enttäuschend.» Von der Reform pro-



Erfolgreich: Christine Bulliard-Marbach (l.) und Ursula Schneider Schüttel.

fierten alle, so Bulliard, das habe das Stimmvolk offenbar nicht verstanden. Auch nicht, dass die Reform mit Kompensationen und der Flexibilisierung des Rentenalters ohne Nachteile keine reine Sparvorlage sei. Dennoch: Mit dem nationalen Ja habe die Politik eine Handhabe, um das drohende Loch in

Keine Chance für Tierschutzvorlage

Das Nein zur Massentierhaltungsinitiative war schweizweit deutlich und noch viel deutlicher im Kanton Freiburg. Die Mehrheit fand Verschärfungen im Tierschutz unnötig.

Fahrettin Calislar

FREIBURG Die Botschaft der Bauernorganisationen kantonal wie auch national war klar: Wer für die Massentierhaltungsinitiative ist, schadet den Landwirten und Landwirtinnen und ihrem Versuch einer Ökologisierung der Landwirtschaft. Bei Annahme der Initiative müssten rund 3300 Betriebe ihren Tierbestand reduzieren oder die Betriebsfläche vergrössern, so der Tenor. Die Kosten der Tierhaltung und damit die Preise für tierische Lebensmittel würden steigen. Es drohten vermehrte Importe, hiess es weiter.

Die Message hat im Agrarkanton Freiburg, der sich schon seit

Jahren auch einer nachhaltigen und qualitativ hochstehenden Nahrungsmittelproduktion verschrieben hat, gegriffen. 73 Prozent der Stimmbewölkerung erteilten der Vorlage eine Abfuhr - eine deutlich höhere als die restliche Schweiz mit «nur» 65 Prozent Nein. Kein einziger Bezirk hiess die Initiative gut. Auffällig ist, dass das urbane Kantonszentrum und der durch Ackerbau geprägte Seebezirk mit 68 Prozent einen leicht niedrigeren Nein-Anteil aufwiesen als beispielsweise die Hochburg der Milchwirtschaft, der Greyerzbezirk. Hier sagten über 78 Prozent Nein.

Die Bauernverbände warben damit, dass es hierzulande den

Nutz- und Zuchttieren gut gehe, dass das Niveau des Tierschutzes schon hoch sei und damit weiterführende gesetzliche Regelungen nicht nötig seien. Freiburgs Landwirtschaftsdirektor Didier Castella (FDP) unterstützt diese Position: «Es ist eine Erleichterung und eine Anerkennung für die Züchter und die Landwirte in Freiburg wie auch in der Schweiz.» Sie täten ihr Bestes, unterständen strengen Vorgaben und seien durchaus sensibel für Fragen des Tierschutzes. «Für unsere Landwirte stehen Qualität und Gesundheit im Vordergrund. Dennoch sind sie oft Ziel von ungerechtfertigten Angriffen.»

Nein zur AHV-Reform

sich gegen den nationalen Trend gestellt.



Bild Aldo Ellena

der AHV-Kasse von 16 Milliarden Franken zu vermeiden.

Offensichtlich finde die Freiburger Bevölkerung, dass Bundesrat und Parlament die Frau-

en, welche die Hauptlast der Reform nun tragen zu müssen, ungenügend entschädigen. So entgegnete die SP-Nationalrätin Ursula Schneider-Schüttel (Murten). «Ich freue mich, zu sehen, dass die Leute begriffen haben, worum es hier ging: um eine Reform auf dem Rücken der Frauen.» Dass es gesamtschweizerisch nicht gereicht hat, finde sie schade: «Frauen, die ein Leben lang geschuftet haben, und so viel auch neben dem Beruf leisten, müssen nun ein Jahr länger arbeiten und erhalten dafür fast nichts.»

Lange Übergangsfrist und Vorteile für neun Jahrgänge

Die Vorlage hebt nun das Frauenrentenalter von aktuell 64 auf neu 65. Damit werden Frauen und Männer im selben Alter regulär pensioniert. Im Gegenzug hat die Politik eine lange Übergangsfrist eingebaut, mit welcher Frauen aus neun Jahrgängen Vorteile erhalten, bevor das neue Rentenalter dann alle betrifft. Neben der Absicherung der AHV-Kasse ermöglicht die Vorlage noch einfacher als bisher eine Flexibilisierung der Pensionierung in einem Altersbereich von 62

bis 70 Jahren – für Frauen wie für Männer.

Nein zur Mehrwertsteuererhöhung

Die zweite Vorlage, die eng mit der ersten verknüpft war, die Erhöhung der Mehrwertsteuer zugunsten der Finanzierung der AHV, erhielt im Kanton Freiburg mehr Zustimmung – sie wurde jedoch auch abgelehnt: mit 52 Prozent Nein-Stimmen. Nur die beiden mehrheitlich deutschsprachigen Bezirke wiesen eine Ja-Mehrheit auf, der Seebezirk mit 55 und der Sensebezirk mit 53 Prozent. Auch auf nationaler Ebene hat die Erhöhung der Mehrwertsteuer eine höhere Zustimmung erhalten, als die eigentliche AHV-Reformvorlage. Der Mechanismus hatte vorgesehen, dass beiden Vorlagen zugestimmt werden muss, damit die Reform unter Dach und Fach ist.

Die nächste Rentendiskussion ist schon angelaufen: Die Revision des BVG, der zweiten Säule, ist für die Dezembersession geplant. Das BVG-System gilt gegenüber den Frauen als weitaus ungleicher als die AHV. Deshalb wird eine Reform bis in die rechte Mitte grundsätzlich begrüsst.

Zu kompliziert, zu technisch

Die Reform der Verrechnungssteuer hat wie in der restlichen Schweiz auch im Kanton Freiburg Schiffbruch erlitten. Die Linke hat sich durchgesetzt.

Fahrettin Calislar

FREIBURG 56 Prozent Nein – damit geht auch in Freiburg die zweite von drei Abbauvorlagen zur Stempelsteuer bachab. Das Ergebnis in Freiburg ist deutlicher als jenes der ganzen Schweiz: National sprachen sich 52 Prozent für die Beibehaltung der Verrechnungssteuer in ihrer ursprünglichen Form aus.

Bei der Vorlage ging es darum, dass der Bundesrat und die bürgerliche Parlamentsmehrheit die Verrechnungssteuer auf Zinsen inländischer Obligationen abschaffen wollten. Sie monierten, dass die gegenwärtige Regelung den Wirtschaftsstandort

benachteilige. Auch die Umsatzabgabe für inländische Obligationen und weitere Wertpapiere soll abgeschafft werden.

Die Linke hatte vor Steuerschlupflöchern gewarnt und argumentiert, dass wieder nicht die Privatpersonen von einem Steuerabbau profitieren würden, sondern eine Handvoll Grossfirmen. SP-Kantonalpräsidentin Alizée Rey erklärte nun: «Wir sind zufrieden. Es war nicht einfach, den Leuten die Verrechnungssteuer zu erklären. Wir konnten sie aber überzeugen, dass es nicht infrage kommt, dass nur grosse Unternehmen profitieren.» Die Rechte komme immer wieder mit Steuersen-

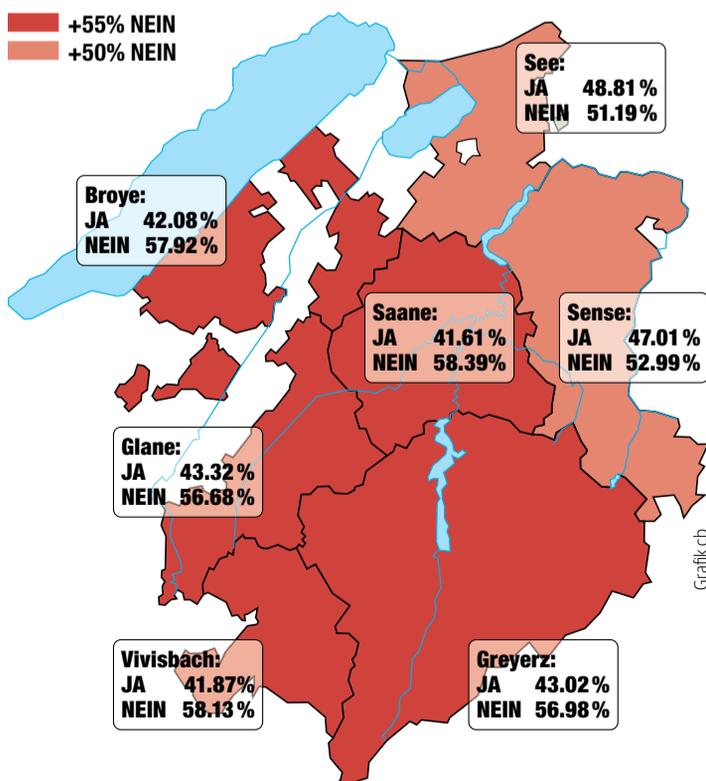
kungen, eigentlich immer nur für Unternehmen und kaum für einfache Privatpersonen.

Auch FDP-Kantonalpräsident Alexandre Vonlanthen räumt ein: Die Vorlage sei wohl zu technisch und zu komplex gewesen, um der Bevölkerung klar zu machen, dass sie die Wirtschaft und den Finanzmarkt entlastet hätte. Sie hätte verhindern sollen, dass Gelder ins Ausland fliessen. «Wir wollten damit die Vermögen der Unternehmen in der Schweiz behalten und zusätzliche Steuereinnahmen ermöglichen.»

Die dritte Stempelsteuer, die infrage gestellt wird, ist diejenige auf Versicherungsprämien.

Verrechnungssteuer

+55% NEIN
+50% NEIN



Urnengang mit hoher Beteiligung

FREIBURG Die Abstimmungsvorlagen von gestern haben gezogen. Sie wiesen im Kanton Freiburg eine Stimmbeteiligung von über 50 Prozent auf. Die Unterschiede unter den Bezirken sind dabei auffällig klein. Die höchste Stimmbeteiligung verzeichnete die Massentierhaltungsinitiative, die immerhin 53,6 Prozent der Stimmberechtigten an die Urne lockte. Der Glanebezirk erzielte den höchsten Wert unter den Bezirken mit 56,6 Prozent, während der Sensebezirk mit 52,9 Prozent den tiefsten aufwies. Die beiden AHV-Vorlagen wurden offenbar immer als Paket angekreuzt, beide haben einen Schnitt von 53,4 Prozent Stimmbeteiligung. Und auch zur Verrechnungssteuer äusserten immerhin 52,8 Prozent aller Freiburger und Freiburgerinnen ihre Meinung. Schweizweit liegt der Schnitt bei etwa 52 Prozent. fca